Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 76. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 29. März 1928

Das Gängelband.

Es hat vor sechzig, siebzig Jahren eine Zeit gegeben, da sprach man mit tiefinnerlichster Überzeugung von einer „Nachtwächterrolle", die der Staat zu spielen habe; er solle sich nicht in all und jedes, besonders nicht in das Wirtschaftsleben hineinmischen, sondern dem einzelnen volle Freiheit seiner Betätigung geben, ihn ungehindert, aber auch ohne ihn zu stützen, die Arme regen lassen. Dieses „Manchesterium" war absoluter Glaubenssatz gerade des deutschen Liberalismus, der seitdem auch grundsätzlicher Gegner der Zölle war und blieb, weil sie einen Eingriff des Staates in den natürlichen Gang der Dinge, z. B. in den „Kampf ums Dasein", darstellten. Aber diese damals triumphierende Anschauung ist bis auf geringe Reste geschwunden; der konservative Gedanke vom „Vater Staat", die Notwendigkeit, für die Staatsbürger zu „sorgen", war stärker und dazu kam dann noch der neue, von ganz anderen Ursprüngen ausgehende, aber praktisch zu ähnlichen Anschauungen führende Gedanke des Sozialismus. Das Resultat ist schließlich über die reine staatliche „Fürsorge" hinausgegangen zu der Auffassung eines Rechtsanspruches an den Staat in allen nur denkbaren Fällen der Not. Zweifellos hat das zu einer starken Verkümmerung des Gedankens der Selbsthilfe geführt; alles schreit sofort nach Staatshilfe, wenn die geringsten Schwierigkeiten entstehen.

Es ist ganz gut, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht bei der Eröffnungsfeier des Königsberger Reichsbankgebäudes auch einmal auf diese wenig erfreuliche, weil von wenig Selbstbewußtsein, Überlegung und innerer Kraft zeugende Entwicklung hingewiesen hat. „Wir starren alle wie gebannt auf das Idol des Staates und, wenn es einem von uns schlecht geht, dann ruft er sofort nach der Hilfe des Staates." Dr. Schacht bezeichnet das auch als im Widerspruch stehend zum wirklichen Gedanken der Demokratie — um es auf eine kurze Formel zu bringen: der Staat ist denn doch nicht für den Bürger da, sondern der Bürger muß sich als tätiges Glied des Staates ansehen. Demokratie heißt eben, an die Stelle der Auffassung vom „Vater Staat" das Bewußtsein der Selbstverantwortlichkeit treten zu lassen.

Von diesem Gesichtspunkt aus richtet Dr. Schacht die jetzt besonders aktuelle Mahnung an die Kreise, die es hören sollen und — hoffentlich! — auch hören wollen, bei der an und für sich unbedingt notwendigen Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens alles nur von obenher zu machen, aber auch alles nur von obenher zu erwarten. Das gesamte deutsche Genossenschaftswesen, nicht zuletzt das landwirtschaftliche, ist ja aus eigener Kraft entstanden und in gewaltiger, noch stetig wachsender Form ausgebaut worden. Hier zeitigte der Gedanke der Selbsthilfe ganz großartige Resultate und er darf nicht unterdrückt werden von oben- oder pessimistisch aufgegeben werden von untenher. Gewiß haben die schweren Schicksalsschläge der letzten anderthalb Jahrzehnte die Unterstützung besonders schwer betroffener Berufsstände und Wirtschaftszweige durch das Ganze, also den Staat, notwendiger gemacht, als dies vordem zu geschehen brauchte. Aber deswegen darf der Staat immer noch nicht als ein Versorgungsheim betrachtet werden, wo man draußen nur an der Glocke zu ziehen braucht und die Tür sofort weit aufgesperrt wird mit der liebenswürdigen Aufforderung, schnellstens hineinzuspazieren.

„Statt daß wir nun anfangen, von unten auf das Genossenschaftswesen zu reorganisieren, sehen wir wieder, wie der Staat von oben her die Dinge meistern zu müssen glaubt," tadelt Dr. Schacht sehr mit Recht. Bequemer mag es — vielleicht — für den einzelnen sein, sich von obenher an das Gängelband nehmen zu lassen, aber es widerspricht dem ursprünglichen, dem großen Gedanken des Genossenschaftswesens. Nicht umsonst nannte Schultze-Delitzsch seine Gründung den Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften, folgte ein Raiffeisen ihm in dieser Anschauung auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Leider aber sind wir schon viel zu weit auf einem ganz anderen Wege vorwärtsgegangen, der uns einer allgemeinen Verstaatlichung offenen oder noch versteckten Charakters immer näher führt und uns auch immer mehr die Kraft zur Selbstverantwortung und Selbsthilfe vergessen läßt. Es ist also wirklich die höchste Zeit, daß man sich auf eine Umkehr besinnt.

*

Das Schicksal der Grenzländer.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht betonte in seiner in Königsberg i. Pr. gelegentlich der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes gehaltenen Rede, daß Ostpreußen im Verhältnis zum übrigen deutschen Vaterland in besonders schwieriger Lage sei, da auf diesem Land eine große seelische Last liege. Von drei Seiten sei Ostpreußen von fremden Nationen umbrandet, ein Druck, der sich auf jeden einzelnen lege. Gerade er (Schacht), der aus der deutsch-dänischen Grenzmark stamme, habe hierfür tiefes Empfinden. Es scheine das Schicksal aller Grenzländer zu sein, daß sie von den übrigen Gauen in ihrem Wert nicht immer richtig eingeschätzt und oft verkannt werden. Ostpreußen sei für Deutschland immer von großer Bedeutung gewesen. Dieses deutsche Land habe seine deutsche Kultur stets in einer Weise bewiesen, daß es das übrige Deutschland immer wieder in Erstaunen gesetzt habe. Kaum ein anderes Land habe so viel deutsche Kultur dem übrigen Reich gegeben wie Ostpreußen. Deutschland wisse, was es an Ostpreußen habe und es werde Ostpreußen nie fallenlassen. Ostpreußen sei uns niemals eine Erinnerung, es sei uns immer noch eine Hoffnung.

Der Reichshaushalt für 1928 angenommen

Finanzlage und Reparationen.

Deutscher Reichstag.

(412. Sitzung.) CB. Berlin, 28. März.

Für die zweite Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung wird vom Ausschuß eine schärfere Kontrolle der Ausgabebewilligungen vorgeschlagen.

Abg. Hilferding (Soz.) vertritt die Ansicht, daß der Etat sich unsozial entwickelt habe. Für den Ergänzungsetat sei keine Deckung vorhanden.

Abg. Dr. Quaatz (Dtn.) tritt für eine Stärkung der Stellung des Finanzministers ein. An einem guten Finanzausgleich werden wir durch die Dawes-Verpflichtungen behindert.

Diese Blutsteuer ans Ausland

lastet auf jedem einzelnen. Jede deutsche Familie ist mit 300 Mark an den Auslandsschulden beteiligt.

Abg. Neubauer (Komm.) schiebt dem Zentrum „für das Elend der Millionen" die Schuld zu, während Abg. Dietrich-Baden (Dem.) bedauerte, daß das Steuervereinheitlichungsgesetz sang- und klanglos verschwunden und der Weg der Zollsenkung verlassen worden sei.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) betont, daß an der Spitze der Finanzpolitik der Grundsatz stehen müsse,

die Steuerkraft der Wirtschaft zu schonen,

damit sie den Wiederaufbau aus eigener Kraft und nicht durch dauernde Abhängigkeit vom Auslandskapital vornehmen kann.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

stimmt den Vorschlägen des Ausschusses zu, die eine solide Etatswirtschaft und klare, durchsichtige Finanzwirtschaft anstreben. Von einer verschwendenden Reichsfinanzwirtschaft kann keine Rede sein. Der Minister weist darauf hin, daß allein die Reparationen von 1924 bis 1927 um mehr als 900 Millionen gestiegen seien. Die Ablösung der Markanleihen habe einen Mehraufwand von 350 Millionen verursacht, die Sozialkasten und die Erwerbslosenfürsorge seien um 500 Millionen gestiegen, die Ruhegehälter um 400 Millionen. Man könne also nicht davon reden, daß die Milliardenreserve nutzlos vertan sei. Der Minister bespricht dann die Anleihepolitik und fordert

größte Sparsamkeit auf allen Gebieten

der öffentlichen und der privaten Wirtschaft. Eine übermäßige Neuverschuldung der öffentlichen Hand würde unsere Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik gefährden. Auslandsanleihen des Reiches und der Länder sind zurzeit nicht ratsam. Nach dem in Kürze zu erwartenden Abschluß der Prüfung wird die endgültige Entscheidung über das als berechtigt anzuerkennende Maß der Anleihen getroffen werden.

Darauf wurde eine kurze Beratungspause eingelegt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde die Novelle zur Deutschen Rentenbankkreditanstalt ohne Aussprache in dritter Beratung bis zum zweiten Artikel angenommen. Die Weiterberatung wurde vertagt, weil in den zweiten Artikel noch der Termin des Inkrafttretens des ganzen Notprogramms eingearbeitet werden soll, so daß das sogenannte Mantelgesetz zum Notprogramm überflüssig wird.

In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 368 gegen 5 Stimmen die Einsetzung des 9gliedrigen Ausschusses beschlossen, der bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms überwachen soll. Die namentliche Abstimmung war, wie Präsident Löbe bemerkte, notwendig, um festzustellen, ob die für verfassungsänderende Gesetze notwendige qualifizierte Mehrheit erreicht sei. Das war mit der vorgenommenen Abstimmung geschehen. Die darauf aus dem gleichen Grunde namentlich vorgenommene Schlußabstimmung über das

Überleitungsgesetz zur Strafrechtsreform

ergab die Annahme mit 344 gegen 36 Stimmen, also mit der notwendigen Mehrheit.

Damit war die Tagesordnung erledigt und das Haus vertagte sich auf Donnerstag.

Der Haushalt wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen, ebenso die Entschließungen des Ausschusses. Zum Haushalt des Reichstages wird ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach der Betrag für den Wirtschaftsbetrieb des Reichstages auf 60 000 Mark erhöht wird. Auch das Haushaltsgesetz wird dann in zweiter Beratung angenommen. Der Ausschuß hat hier Bestimmungen eingefügt, die eine Stärkung der Stellung des Finanzministers bezwecken. Zum Ergänzungsetat werden auch die einen Teil des landwirtschaftlichen Notprogramms bildenden 25 Millionen Mark für die landwirtschaftlichen Genossenschaften bewilligt. In allen drei Lesungen wird ein Initiativgesetzentwurf angenommen, wonach für die

Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms

ein Reichstagsausschuß eingesetzt wird, der das Recht erhalten soll, seine Tätigkeit bis zum Zusammentreten des neuen Reichstages durchzuführen. Die Schlußabstimmung wird später stattfinden, da hier eine verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit festgestellt werden muß.

Die Novelle zum Gesetz über die

Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt

wird in zweiter Lesung angenommen, dazu noch ein deutschnationaler Antrag, wonach die Beteiligung an der Preußenkasse 5 Prozent des Eigenkapitals nicht übersteigen darf.

Vor einer Tariferhöhung der Reichsbahn.

Berlin. In einem Kommunique über die Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaften vom 26. bis 28. März wird erklärt, daß der Ausgleich der Ausgaben durch die Einnahmen immer größere Schwierigkeiten mache. Eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen durch Tariferhöhung sei also jetzt nicht mehr zu vermeiden. Es wird auf den Rückgang der Einnahmen, die höhere Belastung und die Kosten der neuen Gehalts- und Lohnerhöhung hingewiesen.

Der Verwaltungsrat habe es in voller Würdigung der dagegen sprechenden ernstlichen Bedenken im Einvernehmen mit der Hauptverwaltung für seine Pflicht gehalten, eine Tariferhöhung zu beschließen, die eine jährliche Mehreinnahme von 250 Millionen RM. ergeben soll, wobei der Güterverkehr etwa zwei Drittel und der Personenverkehr etwa ein Drittel zu tragen hätte.

Pilsudskis Niederlage.

Ein Sozialist polnischer Landtagspräsident.

Nach den für Pilsudski und den von ihm begründeten Regierungsblock so günstigen Wahlen zum Polnischen Sejm nahm man an, die Herrschaft des Marschalls sei von keiner Seite mehr irgend in Frage gestellt. Diese Annahme hat sich nun als irrig herausgestellt. Den Beweis dafür brachte die Eröffnungssitzung des Sejms.

Die Eröffnung erfolgte unter außergewöhnlichem Skandal. Bei Erscheinen des Marschalls in Stellvertretung des Staatspräsidenten hörte man Rufe wie: „Nieder mit dem polnischen Faschismus!" Auf Befehl des Marschalls erschien Staatspolizei im Saal und entfernte mit Gewalt die Ruhestörer. Es waren dies zwei Kommunisten, zwei Abgeordnete der Radikalen Bauernpartei Wyzwolenie und drei radikale ukrainische Abgeordnete. Als wieder Ruhe eingetreten war, verlas der Marschall eine Kundgebung des Staatspräsidenten an den neuen Sejm, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß er erfolgreiche und ersprießliche Tätigkeit für den Staat entfalten möge. Später erfolgte die Vereidigung der Abgeordneten, auch die Ausgeschlossenen erschienen wieder. Pilsudski hatte die Wahl seines stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Bartel zum Landtagsvorsitzenden (Sejmmarschall) offen gewünscht, sozusagen befohlen. Aber Dr. Bartel erhielt im ersten Wahlgang die 142 Stimmen der Regierungsparteien und im zweiten Wahlgang fielen nur 136 Stimmen auf ihn. Mit 206 Stimmen wurde der Sozialdemokrat Daszynski zum Sejmmarschall gewählt.

Die Wahl schlug wie eine Bombe im Regierungslager ein. Nach der Bekanntgabe räumte der Pilsudski-Block unverweilt den Sitzungssaal, auch alle Regierungsvertreter entfernten sich. Man spricht in Warschau bereits von einer Wiederauflösung des Landtags, aber auch von einer ernsthaften Regierungskrise.

Mussolini über sich selbst.

Ein englisches Interview.

Die Londoner „Daily Mail" veröffentlicht ein Interview ihres Besitzers, Lord Rothermere, mit Mussolini. Verwicklungen mit dem Ausland, so führte Mussolini aus, seien für Italien untragbar. Er habe Beweise für seine pazifistischen Absichten gegeben, indem er mit Jugoslawien einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hätte. Mussolini wies ferner auf den Freundschaftsvertrag Italiens mit Ungarn hin und erklärte, die Durchführung der Friedensverträge müsse gesichert werden, aber das schließe eine Veränderung der Einzelheiten nicht aus, wenn eine sorgfältige Prüfung sie erwünscht erscheinen lasse. Noch nie habe sich ein Vertrag als unabänderlich erwiesen. Darauf verbreitete sich Mussolini über Südtirol, wobei er alle nichtigen Gründe der Faschisten für die Deutschenvergewaltigung wiederholte.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF